

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Ressort Arbeitsmarktaufsicht
Holzikofenweg 36
3003 Bern



per E-Mail an: valerie.berger@seco.admin.ch

Bern, 16. Dezember 2014

Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz zur Optimierung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Ammann
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz BDP bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz zur Optimierung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

Generelles

Die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickten Vorschläge zur Optimierung der flankierenden Massnahmen gehen zwar in die richtige Richtung, jedoch sind sie ungenügend, um die dringend notwendigen Verbesserungen zu erreichen und Missbräuche endlich konsequent zu bekämpfen.

Die BDP unterstützt die eingeschlagene Stossrichtung, welche die Voraussetzung zur Verlängerung des Normalarbeitsvertrages nach Artikel 360a des Obligationenrechts definiert sowie das Verfahren für die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen verbessert. Daneben scheint die Erhöhung der Obergrenze des Geldbetrages der Sanktionen bei Verstössen gegen die in der Schweiz geltenden minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen von Fr. 5'000. — auf Fr. 30'000. — als überfällig.

Neben diesen Optimierungsmassnahmen sind weitere Schritte in Bezug auf den konsequenten Vollzug und den Fachkräftemangel nötig:

Verbesserungen im Vollzug

Die kantonalen Unterschiede im Vollzug sind für die BDP nicht zufriedenstellend, weshalb die BDP weitere Vollzugs- und Aufsichtsinstrumente im zuständigen Bundesamt fordert. Eine zentrale Vollzugsdatenbank inkl. Minimalstandards für die Datenerhebung ist nötig, um den Datenaustausch zwischen den zuständigen Behörden zu verbessern. Die BDP ist überzeugt, dass es ein Koordinationsgremium braucht, um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Kommissionen zu verbessern und den Vollzug zu harmonisieren.


Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Die BDP ist überzeugt, dass es rasche und griffige Massnahmen gegen den Fachkräftemangel braucht, um die Akzeptanz für die Personenfreizügigkeit zu erhöhen. Die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials setzt voraus, dass die Arbeitsmarktchancen für berufstätige Frauen und für die über 50-Jährigen verbessert werden. Für Berufswiedereinsteiger /- innen muss es möglich sein, dass sie sich in Branchen, die vom Fachkräftemangel betroffen sind, ohne bürokratische Hürden betätigen können. Um dies zu realisieren, braucht es eine Bildungsoffensive mit verkürzten Ausbildungsangeboten, welche zur sogenannten Entakademisierung beitragen und zugleich einen erleichterten Berufseinstieg für Ältere und branchenunerfahrene Arbeitssuchende ermöglichen. So sollen sich Berufswiedereinsteiger /-innen ohne adäquaten Bildungsausweis im Sozial- und Gesundheitswesen engagieren können. Neben den Sofortmassnahmen in Bezug auf die Entakademisierung der Pflege und Sozialberufe soll aus Sicht der BDP auch der Numerus Clausus für Physiotherapeuten aufgehoben werden.

Die BDP fordert, dass im Bereich der Arbeitsbewilligung für anerkannte Flüchtlinge die Voraussetzungen geschaffen werden, dass diese Menschen schnell in den Arbeitsprozess aufgenommen werden können. Die BDP ist überzeugt, dass damit die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften stark reduziert werden kann.

Da die Zuständigkeiten und Kompetenzen für eine schnelle Umsetzung solcher Massnahmen auf allen drei politischen Landesebenen verteilt sind, braucht es zwingend ein Koordinationsgremium. Dieses Gremium bestehend aus Vertretern des Bundesrates, der Kantone, der Wirtschaft und den Sozialpartnern soll Sofortmassnahmen gegen den inländischen Fachkräftemangel erarbeiten und koordinieren.

Freundliche Grüsse



Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz



Hansjörg Hassler, Fraktionspräsident